54. Jahrgang. № 346. Dienstag, 14. Dezember 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 · 2096 · 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen unter der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Chocoladen, Cacaos Desserts. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Königl. Preuss. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück . . . . 3 1/2 ₰
Kriegsschule do. . . . . 4 ₰
Luftschiffer do. . . . . 5 ₰
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstck. 6 1/2 ₰
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Buchholz-Hüte
Annenstrasse 28
Neu eröffnet: Wettinerstr. 21.

Tuchwaren.
Original englische Neuheiten.
Feinste deutsche Qualitäten.
C. H. Hesse Nachf., 20 Marienstrasse 20.

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant - Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kälter, vielfach aufklarend.

In dem Prozeß Großer wurde von dem Angeklagten Revision eingelegt.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde die erste Lesung des Etats beendet.

Die Reichsversicherungsordnung wird dem Reichstage Mitte Februar zugehen.

Der frühere preußische Kultusminister Dr. Holle ist in Godesberg gestorben.

Der Gesundheitszustand des Königs Leopold von Belgien hat sich derart verschlechtert, daß keine Hoffnung mehr besteht.

Das Mitglied des österreichischen Herrenhauses Graf Harrach ist gestorben.

Bei den in Petersburg vorgenommenen Verhaftungen wurde eine umfassende Verschwörung gegen den Zaren entdeckt.

Das „nichtkonfessionelle" Zentrum als Polenhort.

Die Drahtzieher des Ultramontanismus haben es der Situation für angemessen erachtet, auf den angeblich „nichtkonfessionellen" Charakter des Zentrums den parteioffiziellen Stempel zu drücken. Das ist zu Beginn der jetzigen Reichstagssession in Form einer vom Parteivorstande erlassenen Erklärung geschehen, worin der Standpunkt der sogenannten Osterdienstagkonferenz preisgegeben und das Zentrum als eine lediglich politische, patriotische, reichstreue Partei gekennzeichnet wird, die allen konfessionellen Bestrebungen abhold sei. Die Herren Roeren und Genossen, die am Osterdienstag dieses Jahres in Köln tagten, waren damals bekanntlich anderer Ansicht. Sie gaben ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß gerade die konfessionelle Eigenart des Zentrums noch weit schärfer als bisher herausgekehrt werden müsse, und daß die Aufnahme einer entsprechenden Klausel in das Parteiprogramm erforderlich sei. Die Osterdienstagmänner hatten augenscheinlich, wie aus ihren ungeschminkten Reden deutlich zu erkennen war, das ewige pharisäische Getue wegen der Nichtkonfessionalität des Zentrums satt bekommen und wollten in einem Anfalle von Wahrheitsliebe das wahre Gesicht der Partei rücksichtslos entschleiern. Darob große moralische Entrüstung bei den „nichtkonfessionellen" Auguren, die alsbald auf Mittel und Wege sannen, um der unbequemen neuen Bewegung den Garaus zu machen. Wer weiß, was inzwischen hinter den Kulissen vorgegangen sein mag und mit welchem Hochdruck man auf Herrn Roeren und seine Freunde eingewirkt hat. Die Wirkung ist jedenfalls gewesen, daß die Herren „sich löblich unterworfen haben" und der Erklärung des Parteivorstandes beigetreten sind.

Die ganze Aktion, die dazu bestimmt ist, den in konfessioneller Hinsicht vermeintlich harmlosen Charakter der ultramontanen Partei zu erweisen, zeugt lediglich von der starken Verlegenheit, in die das Zentrum auf Grund seiner konfessionellen Unduldsamkeit und Engherzigkeit geraten ist. Wie wenig aber die bloße Versicherung von ultramontaner Seite, daß nunmehr der konfessionelle Popanz endgültig abgetan sein solle und die Partei ihre Fittiche gleichmäßig über „Rechtgläubige" und „Ketzer" ausbreiten wolle, außerhalb des ultramontanen Lagers Glauben findet, beweist das schallende Gelächter, womit der Reichstag die pathetische Erklärung des Freiherrn von Hertling begrüßte, das Zentrum sei keine konfessionelle Partei. Auch auf der Tagung der nationalkatholischen Deutschen Vereinigung in Düsseldorf ist die Unglaubigkeit derartiger Ableugnungen, die lediglich taktische Zwecke verfolgen, in das rechte Licht gerückt worden. Wie sehr das Zentrum sich auch drehen und wenden mag, den konfessionellen Zopf wird es doch nicht los. Die Herrschaft des konfessionellen Prinzips, das allein die widerstrebenden Elemente in der Partei zusammenzuhalten vermag, ist so ausgeprägt, daß es bei jeder entscheidenden praktischen Probe den Ausschlag gibt und die Taten mit den Worten in schroffsten Widerspruch setzt. Besonders klar hat sich das von jeher und so auch jetzt wieder in der Polenfrage geoffenbart. Fast in demselben Augenblicke nämlich, wo es dem Parteivorstande beliebte, für die Nichtkonfessionalität des Zentrums die Hand aufs Herz zu legen, hat in Konitz ein Parteitag des westpreußischen Ultramontanismus stattgefunden, auf dem das konfessionelle Prinzip in der unduldsamsten Weise herausgekehrt und im Namen der „bedrängten polnischen Glaubensbrüder" gegen die Polenpolitik der Regierung in der schärfsten Weise Front gemacht wurde. Wir würden „protestantisch regiert", hieß es da, und die durch die preußische Verwaltung in den Ostmarken zum Schutze der nationalen Interessen geschaffenen Zustände wurden als „unerhörter Skandal" bezeichnet. Das Zusammengehen mit den Polen wurde nicht nur für die politischen, sondern auch für die Kommunalwahlen rückhaltlos proklamiert. Kein Widerspruch regte sich in der Versammlung zugunsten der nationalen Interessen; alle patriotischen Rücksichten zerstoben vor der Macht des konfessionellen Gedankens, vor der suggestiven Kraft des Schlagwortes, daß Germanisierung gleichbedeutend mit Protestantisierung sei, und daß daher das Zentrum den „in ihrem Glauben bedrohten" Polen unentwegt zur Seite stehen müsse. So hat also die Konfessionalität des Zentrums dahin geführt, unter Verleugnung aller nationalen Erwägungen den Prozeß der unbedingten Verschmelzung mit dem Polentum von Oberschlesien auch auf Westpreußen zu übertragen. Wenn nun künftig in Westpreußen ebenfalls die Zentrumsagitation mit der polnischen Propaganda Hand in Hand geht und überall in die Bresche springt, wo die polnischen Kräfte allein zu versagen drohen, so bedeutet das eine neue wesentliche Stärkung und Ermutigung der nationalpolnischen Bewegung, mit ihren trotz aller Versicherungen vom Gegenteil auf die Gründung eines polnischen Nationalstaates gerichteten Zielen.

Angesichts dieser für das Deutschtum in den Ostmarken nicht bloß unerfreulichen, sondern bedrohlichen Entwicklung kann es vom patriotischen Standpunkte aus nur mit ungeteilter Genugtuung begrüßt werden, daß die preußische Regierung gegen eine Anzahl Lehrer und Beamte, die in unbegreiflicher Verkennung ihrer nationalen Pflichten bei Stadtverordnetenwahlen für die polnischen Kandidaten gestimmt haben, mit unnachsichtiger Strenge disziplinarisch vorgegangen ist. In der Begründung der Regierungsmaßnahme wird das Gebaren der schuldigen Lehrer und Beamten mit vollem Rechte dahin gekennzeichnet, daß sie durch ihr Eintreten für den Polonismus „ein pflichtwidriges und unpatriotisches Verhalten, einen Mangel an politischer Einsicht, an nationalem Empfinden und an Verständnis für ihre Verantwortlichkeit als Staatsdiener wie als Erzieher der Jugend" gezeigt hätten. Die ultramontane Presse vermag sich aber zu keinerlei Würdigung der zwingenden nationalen Gründe des amtlichen Vorgehens aufzuschwingen, sondern kritisiert es in der einseitigsten Weise durch die konfessionelle Parteibrille. Den stärksten Erguß leistet sich dabei das schlesische ultramontane Organ, das sich zu der für jeden Vernünftigen absurden und lächerlichen, für das ultramontane Lesepublikum aber höchst wirksamen Tirade versteigt, der ganze Vorgang kläre die Situation insofern, als er beweise, daß wir es mit einem Stück Kulturkampf zu tun hätten, zu dem sich die Regierung von der oberschlesischen Freimaurerei habe mißbrauchen lassen! Jeder Kommentar könnte die unmittelbare drastische Wirkung dieser waschechten Kernprobe ultramontaner konfessioneller Beschränktheit und Gehässigkeit nur abschwächen.

Also auch hier, wie überall, die alte Methode: aus allen Blüten wird der Honig des Kulturkampfes gesaugt, der für den Ultramontanismus so nötig ist, wie das Salz zum Leben. Gerade die Heraufbeschwörung eingebildeter Kulturkampfgefahren ist stets das letzte Mittel, zu dem das Zentrum greift, wenn die Massen lau zu werden drohen und ihnen deshalb die Notwendigkeit einer starken Zentrumspartei durch erneute Schürung der qualmigen Glut des konfessionellen Haders vor Augen geführt werden muß. Und dieses Zentrum sollte jemals ehrlich nichtkonfessionell sein und handeln können? Es ist einfach zum Lachen! Je augenfälliger aber das Bestreben des Zentrums auf der ganzen Linie auf die Vergrößerung des konfessionellen Zwiespaltes gerichtet ist, desto weniger angebracht kann es erscheinen, wenn ein Protestant an die evangelische Bevölkerung Mahnungen zum konfessionellen Frieden richtet, wie es jüngst der bekannte Direktor der Nationalbank, Geheimer Rat Richard Witting, in der „Kreuz-Ztg." getan hat, in dem Sinne, daß der Kampf auf den politischen Ultramontanismus beschränkt und jeder Angriff gegen die katholische Religion vermieden werden solle. Beide Bedingungen werden auf evangelischer Seite schon jetzt im vollen Umfange erfüllt, und wo wirklich einmal eine Entgleisung vorkommt, bleibt sie ganz vereinzelt und wird von der Allgemeinheit scharf verurteilt. Der wahre und einzige konfessionelle Friedensstörer ist tatsächlich der Ultramontanismus. Diese Wahrheit ist so unbestreitbar, daß der konservative „Reichsb." sich veranlaßt sah, den Artikel des konservativen Hauptorgans zu desavouieren durch die Erklärung, Herr Witting hätte seine Mahnungen an die katholische Kirche und das Zentrum richten sollen; denn dieses sei es, das die Konfession in alle Verhältnisse, in die politischen, sozialen und wirtschaftlichen, hineintrage, die konfessionelle Kluft offen halte und stets zu erweitern suche; an eine Neutralisierung des konfessionellen Gegensatzes denke es nicht. Sehr richtig! Um so mehr Grund aber haben Konservative und Nationalliberale, sich gerade in einer so bedeutsamen vaterländischen Angelegenheit, wie der Ostmarkenfrage, gegen die antinationale konfessionelle Engherzigkeit des Zentrums fest zusammenzuschließen, um gemeinsam die patriotischen Interessen zu verteidigen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 13. Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zwei schleunige **Anträge** wegen Einstellung schwebender Strafverfahren **gegen die** Abgg. Kirsch und Stücklen **werden angenommen.** Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation betreffend das Kalisyndikat. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation im **Januar** zu beantworten. — Damit ist dieser Gegenstand für jetzt erledigt. — Die **Generaldebatte über den Etat** wird fortgesetzt. — Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Die elsässisch-lothringischen Verhältnisse sind in den letzten Tagen von den Abgg. v. Hertling und Hoeffel berührt worden. So auch die Denkmalsfeier in Weißenburg. Es sind bei Erörterung dieser Angelegenheit im Lande manche Uebertreibungen mit unterlaufen. Es ist Tatsache, daß versucht worden ist, dem politischen Chauvinismus den Kultus der Toten dienstbar zu machen. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß solche Ausschreitungen nicht wiederkehren. Die Beunruhigung darüber hat neue Nahrung erhalten durch die Vorgänge in Mülhausen. Die elsässisch-lothringische Regierung wird dafür sorgen, daß solche Herausforderungen in den Reichslanden nicht geduldet werden. Ich lehne es ab, aus ihnen allgemeine Schlußfolgerungen auf die Stimmung in Elsaß-Lothringen zu ziehen. Ich bin überzeugt: der größte Teil der Bevölkerung Elsaß-Lothringens erblickt darin eine schädliche Einwirkung auf ihre Beziehungen zum Reiche. Kein Mensch in Deutschland denkt daran, den Elsaß-Lothringern ihre pietätvolle Anhänglichkeit an die Vergangenheit zu verübeln. Aber es geht nicht an, daß die unter der deutschen Herrschaft geborene Generation künstlich zu Trägern von Erinnerungen gemacht wird, die nicht die ihrigen sind, die vielmehr einer vergangenen Periode ihrer Geschichte angehören. Die Gewährung politischer Selbständigkeit erfordert Garantien für die Interessen des Reiches, Garantien, die in erster Linie die Elsaß-Lothringer selbst geben müssen. Jeder Schritt zu der Verwirklichkeit des Gedankens der Selbständigkeit wird erschwert, wenn sich eine Agitation breit macht, die es sich zur Aufgabe macht, die Ur-Elemente des deutschen Volkscharakters dort zum Absterben zu bringen: das Land zu verwelschen. Je unverhüllter solche Bestrebungen sich ans Licht wagen, um so mehr sinkt die Neigung, die Wünsche der Elsaß-Lothringer zu erfüllen. Und um so mehr sinkt die Hoffnung, wenn die Elsaß-Lothringer jenen Bestrebungen keinen Widerstand entgegensetzen und es womöglich als Sport ansehen, jene Bestrebungen zu fördern. Der Erfolg davon kann nur der sein, Schranken aufzurichten zwischen den Elsaß-Lothringern und dem deutschen Vaterlande. Damit ist andererseits nicht gesagt, daß wir es ablehnen, den Wünschen der Elsaß-Lothringer die Berechtigung zuzusprechen. Ihr Festhalten an ihrer Eigenart ist berechtigt. Es wird den inneren Frieden des Landes nur fördern und die inneren Gegensätze ausgleichen, wenn diese Stammes-Anhänglichkeit auch von den Eingewanderten geachtet wird. Je mehr man sich gewöhnt, hüben und drüben die Dinge freizuhalten von chauvinistischen Bestrebungen, desto eher wird Elsaß-Lothringen aufhören, der Schauplatz nationaler Streitigkeiten zu sein, und desto eher wird es gelingen, Elsaß-Lothringen zu einem wertvollen Glied der deutschen Staatenfamilie sich betätigen zu lassen. (Beifall.) — Abg. Schrader (Freis. Vgg.) schließt sich den Anschauungen des Reichskanzlers über die Vorgänge in Elsaß-Lothringen an. Der Reichskanzler habe neulich von einer Politik der Stetigkeit gesprochen. Damit seien die Konservativen natürlich einverstanden, denn das sei ja gerade ihre Politik. Und gerade deshalb sei ja Fürst Bülow gestürzt worden, weil er eine Politik des Fortschritts wenigstens versucht habe. Redner fordert Einschränkung des Militär- und Marineetats, verbreitet sich über Wahlrechtsfragen und bedauert, daß eine Reichstagseröffnung bei uns leider keine Reichstagsfeier sei, sondern lediglich eine Art Hoffestlichkeit darstelle. — Abg. Gans zu Putlitz (kons.): Von einem der sozialdemokratischen Redner ist neulich gesagt worden, daß der Wortbruch Tradition der Hohenzollern sei. Ich muß dagegen entschiedene Verwahrung einlegen. (Beifall rechts. Ruf Ledebours: **Es ist aber**

Handschuhe Altmarkt 8 Handschuhe
Spezial-Geschäft Gebrüder Wohlauf. Nur Handschuhe